

Dresdner Volkszeitung

Am 14. November
zur Stadtverordnetenwahl
hat die SPD.
in Dresden
Liste 1

Postfachkonto: Dresden
Raden & Comp., Nr. 1268

Organ für das **wertvolle**

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der U

Abonnementpreise einschließlich Postgebühren mit den monatlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Wald und Berg" für einen halben Monat 1 M. Einzeleinzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Westerntor 10, Fernsprecher Nr. 25 261. 4 Runden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Westerntor 10, Fernsprecher Nr. 25 261 und 12 707. Geschäftszeit von 7 bis 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Einzelverkaufspreis: Grandpreise: die 20 mm breite Normalgröße 20 Pf., die 90 mm breite Normalgröße 1.50 M. für außerordentlich große 2 M., und 2 M. für außerordentlich große, und Wiederverkauf 40 Gros. Rabatt für Briefmarkenlieferung 10 Pf.

Nr. 258

Dresden, Donnerstag den 4. November 1926.

37. Jahrg.

Das sächsische Rätsel

Wie nicht anders zu erwarten war, geht das große Rätsel über das sächsische Regierungsproblem recht lustig weiter, ohne daß bisher jemand den Stein der Weisen entdeckt hätte.

Das Nietzsche-Blatt nimmt gestern in einem längeren Artikel zu der Regierungsfrage Stellung. Es fehlen in dem Aufsatz natürlich nicht die üblichen Schimpfereien auf die SPD. Bemerkenswert an der ganzen Schreibung sind nur folgende Ausführungen:

Recht heftig hat die kommunistische Presse es abgelehnt, eine sozialistische Minderheitsregierung, die von der KPD und SPD getragen werde, zu unterstützen. Die kommunistische Presse hätte sich wohl ihre Aufregung ersparen dürfen. Die KPD hat wirklich kein Verlangen danach, von der Gnade der Kommunisten zu leben; nach dem Brot, das die Kommunisten zu reichen vermögen, hungert sie nicht; danach zu greifen überläßt sie ausschließlich den Linksozialisten. Heute gilt ebenso wie zuvor noch das, was die Sächsische Staatszeitung, Nr. 224 vom 25. September, schon einmal so formuliert hat:

Es sollte aber Arbeit darüber bestehen, daß die alte Sozialdemokratische Partei Sachsens ein Zusammengehen mit den Kommunisten ebenso entschieden ablehnen dürfte wie etwa das Experiment einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung, das nur mit Unterstützung der Kommunisten möglich wäre.

Eine andre Stellungnahme war von den Männern des Herrn Wetke nicht zu erwarten. Sie werden natürlich alles tun, um eine sozialistische Regierung zu verhindern. Uns kann das nur recht sein. Je entschiedener sich die Wirth, Wetke u. Co. auf die bürgerliche Seite schlagen, umso eher wird der ganze KPD-Sput in Sachsen vorbei sein.

Es wird in der Presse auch immer noch die Frage der Bildung einer Großen Koalition in Sachsen erörtert! Schade um das dazu verwendete Papier! Es wird in der Sozialdemokratischen Partei nicht allzuviel leben, die unter allen Umständen eine Koalition mit bürgerlichen Parteien ablehnen, aber daß nach allem, was in den letzten Jahren geschehen ist, jetzt die Große Koalition in Sachsen überhaupt nicht in Betracht kommt, müßte doch jeder einsehen, der ein bißchen politisch zu denken versteht.

Wenn ehrliche Republikaner außerhalb Sachsens sich heute noch für eine Große Koalition in unserm Lande einlegen, so ist das nur deshalb möglich, weil sie nicht genügend darüber unterrichtet sind, wie sehr die verlorene Große Koalition zu reaktionären Untaten mißbraucht wurde.

Die Dresdner Neuesten Nachrichten verteilen schon großmütig Ministerfüße, und dabei stellen sie der Wirtschaftspartei das Finanzministerium zur Verfügung. Wie die Finanzpolitik eines wirtschaftsparteilichen Finanzministers aussehen würde, kann man sich denken. Die Wirtschaftspartei ist eine ganz ausgeglichene Unternehmer- und Hausagrarierspartei. Ein wirtschaftsparteilicher Finanzminister würde den Steuerabbau, der ja heute große Mode ist, mit besonderem Eifer fortsetzen. Und für soziale und kulturelle Aufgaben hätte man noch weniger Geld als bisher. Daß die Sozialdemokratie einer solchen Regierung in der schärfsten Kampfstellung gegenüberstehen würde, braucht kaum erst gesagt zu werden.

In der bürgerlichen Presse wird auch davon gefabelt, daß der Parteivorstand eingegriffen und irgendwelche Vermittlungsversuche gemacht habe. Davon ist uns auch nicht das geringste bekannt. Wichtig ist, daß der Vertreter des Sozialdemokratischen Pressebüros in der Nacht nach den Wahlen mit einem Führer der Wetke-Männer sprach. Es wäre jedenfalls besser gewesen, diese Unterrednung wäre unterblieben. Aber es kann davon keine Rede sein, daß der Vertreter des Pressebüros als Unterhändler des Parteivorstandes aufgetreten ist. Er wollte sich lediglich als Journalist unterrichten. Und daß ein Journalist sich auch beim politischen Gegner Informationen holt, ist doch gewiß kein ungewöhnlicher Vorgang.

Im Zwickauer Volksblatt schreibt Genosse Max Schadow in einem Artikel unter der Überschrift: "Wer soll in Sachsen regieren?" u. a. folgendes:

"Wir als die stärkste Partei des Landes müssen offenbar unser erstes politisches Wollen herausstellen, und gerade jetzt die von den arbeitenden Massen in Deutschland so oft vernichtete politische Aktivität entfalten. Wir brauchen nicht zu warten, bis man uns fragt, ob wir an dieser oder jener Regierung teilnehmen wollen, wir dürfen nicht passiv abwarten, bis die Dinge an uns herankommen, sondern wir müssen die Initiative in die Hand nehmen und die Entscheidung so schnell wie möglich herbeiführen.

Nach der sächsischen Verfassung wählt der Landtag mit einfacher Mehrheit den Ministerpräsidenten. Und dieser einmütig dann ohne direkte Mitwirkung der übrigen Minister. Die Sozialdemokratische Partei muß dem Landtag den Ministerpräsidenten vorschlagen, zusammen mit einem ganz kleinen, aber klaren und eindeutigen Gegenwarts- Arbeitsprogramm für die zu bildende sozialdemokratische Minderheitsregierung, das zunächst nicht viel mehr als enthalten braucht, als zum Beispiel:

1. Ein durchführbares Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot.
2. Bessere Unterstützung der Erwerbslosen und Weitergeben des Schutzes der Arbeitenden (Zicherung des Achtstundentages).
3. Eine Herabsetzung des Grund- und Gewerbesteuergebühres mit dem Ziel, die kleinen Steuerzahler zu entlasten und die großen Steuerzahler zur Steuerzahlung heranzuziehen.

4. Demokratisierung und Republikanisierung der sächsischen Verwaltung und Polizei.

Wir müssen die andern Parteien bei der Ministerpräsidentenwahl klar zur Entscheidung zwingen. Verhindern sie das Zustandekommen der sozialdemokratischen Minderheitsregierung und die Durchführung des im Interesse des werktätigen Volkes aufgestellten Arbeitsprogramms, so tragen sie die Verantwortung für das Zustandekommen einer Rechtsregierung und für die arbeitenden Politik, die von einer Rechtsregierung im Arbeiterhaat: Sachsen betrieben wird."

Daß die Sozialdemokratie im Landtag einen Parteigenossen als Ministerpräsidenten vorschlagen muß, ist selbstverständlich. Die Verantwortung für alles, was geschieht, wenn nicht der sozialdemokratische Kandidat, sondern ein Mann der Reaktion gewählt wird, müssen wir dann denjenigen Parteien überlassen, deren Pflicht es wäre, gemeinsam mit uns das Zustandekommen einer bürgerlich-reaktionären Regierung zu verhindern.

"Fauler österreichischer Speck"

Unter dieser Überschrift schreibt der kommunistische Kämpfer:

Her mit dem Achtstundentag!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß in ihrer Sitzung am 3. November folgende Erklärung zur gefälligen Sicherung des Achtstundentages:

"Die freien, christlichen und kirchlich-katholischen Arbeiter- und Angehörigenvereinigungen Deutschlands verlangen gemeinsam von den getragenen Körperparlamenten den sofortigen Erlass eines Gesetzes zur Sicherung des achtstündigen Arbeitstages. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist in voller Übereinstimmung mit ihrer ganzen bisherigen Haltung bereit, dieses einmütige Verlangen der organisierten Arbeiter- und Angehörigen aller Richtungen mit allem Nachdruck zu vertreten. Sie hält die baldige Verwirklichung durch die Einbringung eines Initiativgesetzes für unbedingt erforderlich.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat wiederholt die gefällige Wiedereröffnung des Achtstundentages in Verbindung mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gefordert. Die Reichsregierung hat infolgedessen die baldige Vorlage eines Gesetzes zur Neuregelung der Arbeitszeit mehrfach zugesagt. Dieses Versprechen ist bis jetzt nicht erfüllt worden. Die Wiedereröffnung des Achtstundentages duldet aber keine weiteren Aufschiebungen und darf auch nicht bis zur Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes verschoben werden.

Alle Versuche, die Folgen der Wirtschaftskrise, insbesondere die Massenarbeitslosigkeit, durch Ausbau der Erwerbslosenfürsorge zu lindern, werden in ihrer Wirkung beeinträchtigt, wenn nicht endlich durch eine gefällige Verhängung der bis zur Unter-

In Sachen will die Mehrheit darum schon heute — das ist unabweisbar — nicht mehr bürgerlich regiert, nicht mehr kapitalistisch geschunden werden. Schlägen die Linken jetzt deshalb vor, sich mit parlamentarischer Oppositionsarbeit zu begnügen? Soll da noch ein Arbeiter denken, daß das etwas anderes als Vorbereitung zur Koalitionspolitik bedeutet?

Nein! Die „fürchterlichste“ parlamentarische Opposition ist nichts wie fauler österreichischer Speck, fetter Schwundel, gibt den Arbeitslosen nicht Brot und Arbeit, bringt nicht den Achtstundentag wieder, befreit nicht die Stoppuhrkinder, hebt nicht die Löhne, führt keinen Schritt näher zum Sozialismus! Oder soll das „Volksgericht“ am Sonntag für die Luft gewesen sein? Die neue Mehrheit in das rote Arbeiterhaat zu verwanfeln, dazu braucht man keine bürgerliche Regierung zu bauen.

Bereits gestern gaben wir eine Auslassung des kommunistischen Kämpfers wieder, aus der hervorging, daß der Kämpfer von der Sozialdemokratie verlangt, sie solle eine bürgerliche Regierung verhindern. Dieser Standpunkt des Kämpfers wird in dem bei den Kommunisten üblichen Schimpfen durch die oben wiedergegebenen Ausführungen unterstrichen. Wir können da nur die Frage wiederholen: Wo will der Kämpfer die Mehrheit hernehmen, die notwendig ist, damit ein sozialdemokratischer Ministerpräsident im Landtag gewählt wird?

Erträglichkeit gesteigerten Heberarbeit Einhalt geboten und vermehrte Arbeitsgelegenheit geschaffen wird.

Diese Befürwortung der Achteinstunden durch gefällige Begrenzung der Arbeitszeit bedeutet keinesfalls, wie die Erklärung der Unternehmerverbände vom 2. November behauptet, einen „Eintritt in die Produktionsgrundlage der deutschen Wirtschaft“ oder „Herabsetzung der Produktionsleistung und Preissteigerung“. Trotz Rationalisierung, Steigerung der Arbeitsleistung und der Produktion, Verbilligung der Produktionskosten und einer teilweise zwölfstündigen Arbeitszeit ist keine nennenswerte Preissteigerung eingetreten. Die Preisbildung der Industrie und des Handels hat in Verbindung mit einer hochschüssigen internationalen Handelspolitik bewirkt, daß die Rationalisierung lediglich eine Steigerung der Gewinnaussätze der Unternehmungen brachte. Infolgedessen haben die hohen Preise die Kaufkraft weiter vermindert, den Inlandsabsatz weiter geschwächt und so die Massenarbeitslosigkeit erhalten.

Die Rationalisierung darf aber nicht zur Beeinträchtigung der Unternehmungen, sondern nur zur Gewinnung der deutschen Wirtschaft führen. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist ein verstärkter sozialer Arbeitsbeschaffung, insbesondere die gefällige Sicherung des Achtstundentages."

Bei der Beratung der vorstehenden Erklärung stellte die Fraktion nochmals fest, daß die grundsätzliche Anerkennung des Achtstundentages auch für die Beamtenschaft erstrebt werden muß.

Die nationalen Männer

Freispruch des Oberleutnants Schulz — Er sei nur moralisch verantwortlich —
Zuchthaus für Leutnant Raphael und Klapproth

Eins haben uns die Kritiker Prozesse gezeigt: wie „nationale Männer“ aussehen. Denn nach den Lobreden ihrer deutschnationalen Verteidiger sind all die Henker und Folterknechte der Schwarzen Reichswehr nichts als glühende Patrioten, denen von Rechts wegen das deutsche Volk noch einen Lorbeerstranz schuldig wäre.

Dem Büchling können wir den Lorbeerstranz allerdings nicht überreichen, da er ins Ausland geflohen ist. hat der Gerichtsvorgänger mit beifolgendem Sarkasmus bemerkt. Immerhin ist gerade für Büchling die Legitimation als nationaler Mann erbracht worden: nach dem Zeugnis seines Vorgesetzten, war er fast ständig betrunken, nur ab und zu hatte er „lichte Momente“. Gibt es ein sichereres Kennzeichen für nationale Gesinnung?

Auch das Halbtier Klapproth war natürlich eine nationale Edelblüte. „Einer von den 20 Millionen Deutschen jenseit, die es nach Clemenceau gibt“, bemerkt sein Verteidiger pathetisch. Bezüglich dieses einen dürften viele Deutsche — und nicht die schlechtesten — ausnahmsweise mit Herrn Clemenceau einer Ansicht sein. Es ist wirklich leicht, in den Geruch eines nationalen Mannes zu gerathen. Die Klapproth gemacht an die unverschämlichen Silde Heinrich Jilbes wo stets in Kaschemme oder Vouilvorsteller ein Mid Wilhelm II. von der Hand grüßt. So ungefähr sieht Klapprothts Innenleben aus, falls auf ihn dies Wort überhaupt anwendbar ist. Gewohnheitsmäßig prügeln, treten mit Faust und Eisenstange dreifach, alle sadistischen Instinkte austoben, dazu aber „Heil dir im Siegerkranz“ singen — und der nationale Mann ist fertig.

Eine Jeme, eine Wodtkommission, ein Kollkommando hat es nie gegeben, so beendete der Verteidiger Klapproths sein Plädoyer. Man erwiderte nur noch die Rebaubung, daß die unglücklichen Opfer der Jeme, daß die Gröschke, Trauer, Banner und all die übrigen nach am Leben seien. 12 bis 15 Ermordete, einige Dutzend schwer Verhandelte

hat die Schwarze Reichswehr auf dem Gemissen. — Aber das waren alles die „zufälligen Taten einzelner!"

Weit ekeligerender als das rohe Gebaren der Henker war jedoch die feige Art und Weise, wie sich die verantwortlichen Vorgesetzten aus der Affäre zu ziehen suchten. Genau wie in den früher abgeurteilten Fällen Banner usw. wollten sie von nichts gewußt haben. Allerdings, mit dem Nichtwissen ist es so eine Sache.

„Für uns alle dauerte der Krieg noch bis 1923 weiter. Wir fühlten uns als Truppe vor dem Feinde. Da sieht einer einen, der überläßt, und: Baum, fischer ist tot."

So hat der Führer der Schwarzen Reichswehr, Major Buchruker, ausgesagt. Trotzdem nichts von allem gewußt? Es ist seltsam...

Natürlich will auch Schulz, der eigentliche Organisator der Affäre, von nichts gewußt haben. Er hätte viel viel zu tun gehabt. Aber er hatte doch Zeit mit Buchruker über das Schicksal angeblicher Verräter zu konferieren, er hatte Zeit, an den Mittagstischen Feder die bezeichnende Frage zu richten, ob er schon mal einen Menschen umgebracht habe, ob es in seiner Heimat Moorlöcher gäbe. Und dann war von der Besprechung von Gift die Rede. Tatsächlich ist ja an dem Leutnant Jahnke ein Giftmord versucht worden. Aber Schulz weiß von nichts. Major Buchruker springt ihm bei: „Wenn Schulz einen hätte befehlen wollen, dann schlägt ein Mann wie Schulz ihn selber tot.“ Ein Dienst für Schulz? Ein Väterdienst!

Wie Schulz verflocht sich auch der Leutnant Raphael. Nach Schiburrts klarer Aussage hat er den Befehl zur Verhandlung Gröschkes gegeben. Aber Raphael kann sich absolut nicht entsinnen. Er kann sich auch nicht entsinnen, den Befehl zu jener seltsamen Wachenverteilung gegeben zu haben, die die entscheidenden Wachtposten Mitglieder der Jeme zuteilte und so den unerschütterlichen